

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/02/2009  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 18.03.2009  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Jahresbericht 2008 Gehörlosen-Beratung Hagen
6. Bericht Frau May EU-Projekt "Cities in Balance"
7. Kommunales Handlungskonzept Wohnen  
Vorlage: 0102/2009
8. Programm zur Sanierung der städtischer Gebäude  
hier: Prüfung des Verkaufs städtischer Gebäude  
Vorlage: 0106/2009
9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. gem. § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung für  
die Sitzung des Sozialausschusses am 18.03.2009  
Vorlage: 0161/2009
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

**B. SITZUNGSVERLAUF**

---

**I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

**1. Feststellung der Tagesordnung**

Frau Machatschek begrüßt die Ausschussmitglieder und die anwesenden Gäste Frau Weickenmeier vom DPWV, Frau Terbeck von der Beratungsstelle der Gehörlosen und Frau Korn von der Liegenschaftsverwaltung. Sie schlägt vor, dass der Tagesordnungspunkt 6 heute entfällt und dafür in der Mai-Sitzung nachgeholt wird, da Frau Mey derzeit in Sachen „Cities in Balance“ unterwegs sei.

**2. Mitteilungen**

Herr Haensel berichtet, dass die Diakonie in Kürze in die Lutherstr. 9 -11 anzu-treffen sei. Der Umzug finde am 30.03.09 statt.

**3. Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Insel berichtet aus dem Seniorenbeirat. In der Sitzung habe das Integrationskonzept der Stadt Hagen vorgestellt werden sollen. Das habe leider nicht geklappt. Weiterhin habe man erneut über den Status des Seniorenbeirates gesprochen. Es sei erneut bekräftigt worden, wie wichtig der Erhalt des Seniorenbeirates sei. Außerdem sei das Gesetz „WTG“ verlesen worden.

**4. Bericht aus dem Behindertenbeirat**

entfällt

## 5. Jahresbericht 2008 Gehörlosen-Beratung Hagen

Frau Machatschek führt in die Thematik ein. Sie wünscht sich, dass in einer der weiteren Sitzungen des Sozialausschusses auch die Betroffenen selbst zu Wort kommen sollten.

Frau Terbeck berichtet von ihrer Arbeit in der Beratungsstelle für Gehörlose (**siehe Anlage**).

Frau Weickenmeier ergänzt die Ausführungen aus Sicht des Verbandes.

Herr Halbeisen möchte wissen, ob es von Seiten der Gehörlosen an den Sozialausschuss Forderungen auf Herstellung von Barrierefreiheit bestünden.

Frau Terbeck erläutert, dass der Gehörlose mit Hilfe eines Dolmetschers kommunizieren könne. Ein solcher Dolmetscher fehle sehr häufig. Es gebe auch viele Bereiche wie zum Beispiel Schule und Kindertagesstätten, in denen Dolmetscherkosten nicht übernommen würden. In diesen Fällen müssten die Kinder für die Eltern dolmetschen. Wenn man in diesen Bereichen als Politik unterstützend wirken könnte, dass Dolmetscherkosten übernommen würden, wäre das sehr hilfreich für die Betroffenen. Mit dem Gehörlosengeld in Höhe von 77,- € monatlich ließe sich gerade für eine knappe Stunde ein Dolmetscher finanzieren. Dazu kämen noch die Fahrtkosten. Außerdem gebe es viel zu wenig Dolmetscher.

Auf die Frage von Frau Machatschek nach der Zahl von Gehörlosen teilt Frau Terbeck mit, dass es in Hagen 844 Gehörlose gebe.

Frau Kurte fragt, wie sich denn die Krankenkassen verhielten, wenn ein Gehörloser zum Arzt müsse. Würden dann keine Dolmetscherkosten übernommen?

Frau Terbeck erwidert, dass in schwerwiegenden Fällen die Kosten für einen Dolmetscher übernommen würden. Der Gehörlose müsse den Dolmetscher mitbringen. Sehr viele Gehörlose hätten einen Wortschatz von ca. 30.000 Worten. Das entspreche einem Kind im fünften Schuljahr.

Frau Weickenmeier weist darauf hin, dass es eine Kommunikationshilfeverordnung gebe, die genau regele, wann welche Ansprüche da seien. Im Falle des medizinischen Versorgungssystems sei es so, dass der Arzt oder das Krankenhaus selber erklären müssten, dass ein Dolmetscher dringend notwendig sei. Das sei eine Frage der Aufklärung und Sensibilisierung. Vielen wüssten gar nichts von ihren Rechten.

Frau Kreiss ergänzt, dass man vor einiger Zeit mit der Schulverwaltung geklärt habe, dass die Elternsprechtage und Elternabende zum Verwaltungsverfahren gehörten und daher die Kosten für Gebärdendolmetscher für diese Termine finanziert würden.

Herr Halbeisen wirft die Frage in den Raum, ob es nicht sinnvoll sei, dass der

Behindertenbeirat sich mit dieser Problemstellung befasse, um dort eine Vielzahl von Maßnahmen zu beraten, und dann dem Sozialausschuss und dem Rat einen Beschlussvorschlag vorzulegen. Wie könne man zum Beispiel die Situation verbessern, dass es zurzeit in Hagen und Umgebung viel zu wenig Gebärdendolmetscher gebe? Welche Einflussmöglichkeiten habe eine Kommune hier?

Frau Machatschek formuliert das Anliegen von Herrn Halbeisen so, dass in Hagen Strukturen geschaffen würden, dass die gehörlosen Menschen in Hagen zu ihrem Recht kämen. Sie ist auch der Meinung, dass dies eine Aufgabe für den Behindertenbeirat sei. Da sie selber Mitglied im Behindertenbeirat sei, werde sie diese Fragestellung mitnehmen.

Abschließend erklärt sie, dass man sehr froh sei, diese Beratungsstelle für Gehörlose in Hagen zu haben. Sie wünscht Frau Terbeck und Frau Weickenmeier für ihre Arbeit weiterhin alles Gute. Man werde sich mit der Thematik noch einmal befassen, indem man eine/n Betroffene/e in den Ausschuss einlade.

## 6. Bericht Frau May EU-Projekt "Cities in Balance"

entfällt

## 7. Kommunales Handlungskonzept Wohnen Vorlage: 0102/2009

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Korn erläutert die Vorlage.

Frau Machatschek zitiert einen Satz auf Seite 2 der Vorlage, dass „davon ausgegangen werden müsse, dass die Wohnungsbauförderung des Landes NRW künftig immer stärker an das Vorhandensein kommunaler Handlungskonzepte gebunden sein werde“. Welche Kriterien gebe es, die ermöglichen, dass man überhaupt in die Wohnungsbauförderung des Landes NRW komme?

Frau Korn erklärt, dass sie diese Kriterien nicht aus dem Stand konkretisieren könne. Sie müsse die Information einholen.

Frau Timm-Bergs möchte wissen, wer die -wie im Beschluss unter Punkt 2 formuliert – führenden Hagener Wohnungsunternehmer seien. Ihrer Meinung nach würde es mehr Sinn machen, flächendeckend vorzugehen.

Frau Korn antwortet, dass es sich um die Wohnungsunternehmen handele, die sich auch an dem Masterplan Wohnen beteiligt hätten:

- HGW
- Wohnungsverein

- Eisenbahner
- GWG
- Hohenlimburger Bauverein.

Herr Insel hält es für wichtig, herauszufinden, warum Wohnungen leer stünden. Er habe festgestellt, dass in Hagen viele Wohnungen leer stünden, weil ihre Lage so ungünstig sei, dass ein Umbau auch nichts daran ändern würde. Man müsse feststellen, welche Maßnahmen erforderlich seien, Wohnungen attraktiv zu machen. Wenige Leute, die im Besitz von Altbauten seien, würden voraussichtlich in diese investieren, wenn sich das nicht amortisiere.

Herr Meier bestätigt, dass 75 % des Wohnungsbestandes im Eigentum von kleineren Hauseigentümern sei. Er begrüße die eingeleiteten Schritte. Man habe immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht reiche, an der Stelle mit den institutionellen Wohnungsbaugesellschaften zu reden, sondern man müsse auch „die Kleinen“ mit einbinden. Es unterbreite im Namen seiner Fraktion den Vorschlag, einen Vertreter des Haus- und Grundeigentümergevereins mit in diese Arbeitsgruppe zu holen. Dieser könne die speziellen Probleme der kleinen Hauseigentümer mit einspeisen.

Weiterhin reiche es nicht mehr aus, nur einzelne Personengruppen im Blick zu haben. Damit der Arbeitskreis arbeitsfähig bleibe, solle ein Vertreter der Wohlfahrtsverbände mit an den Tisch geholt werden. Es sei heute schon so, dass bei vielen Wohnungsbauprojekten eine Kooperation zwischen den Wohnungsbaugesellschaften und den Wohlfahrtsverbänden vorhanden sei. Er halte es für zwingend erforderlich, dass diese Erfahrungen aus dieser Zusammenarbeit in diesen Arbeitskreis einfließen. Daher sei ein Vertreter der Wohlfahrtsverbände auch zwingend erforderlich, um diese Informationen weiterzugeben.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, wer denn überhaupt in dieser ämterübergreifenden Arbeitsgruppe sitze. Es stelle sich ihr die Frage, warum es ämterübergreifend sein müsse. Sie stellt die Frage an Frau Korn, warum ihr Amt das nicht alleine leisten könne. Sie zitiert aus der Vorlage, dass „die gesamtstädtische Wohnungsmarktbeobachtung nicht geeignet sei, die bestehenden Problematiken wiederzugeben“. Sie sei der Meinung, dass es sehr wichtig sei, die Problematik gesamtstädtisch zu betrachten.

Frau Helling nimmt Bezug auf die genannten Zielsetzungen. Ihr erschlosse sich nicht, wo dort Prioritäten liegen sollten.

Frau Korn nimmt Bezug auf die Anregung von Frau Kuschel-Eisermann, die Aufgabe allein zu stemmen. Das könne sie nicht. Es sei wichtig, dass ganz viele verschiedene Aspekte einfließen. Auf die Frage von Frau Helling teilt sie mit, dass die Prioritäten durch die Arbeitsgruppe festgelegt würden. Das wolle die Verwaltung nicht vorwegnehmen. Es müsse sich heraus kristallisieren, wo der größte Handlungsbedarf sei.

Herr Rubis wundert sich darüber, dass ständig solche Broschüren wie zum Beispiel heute zur Stadtteilentwicklung Altenhagen auf dem Tisch lägen. Er ist der Meinung, dass in einer Stadt wie Hagen sparsamer mit Geld umgegangen werden sollte.

Er zitiert aus einem Presseartikel, der vor einiger Zeit erschienen sei, dass 10 Eigenheimgrundstücke auf der Pferdewiese vergeben worden seien. Er gehe davon aus, dass dieses Verfahren nicht zu beanstanden sei.

Frau Korn erklärt, dass Herr Perkams dafür zuständig sei. Sie sei aber sicher, dass dort alles korrekt gelaufen sei.

Frau Machatschek bittet Herrn Rubis, seine Kollegen zu fragen, da dieses Thema im Haupt- und Finanzausschuss behandelt worden sei.

Herr Halbeisen merkt an, dass er über die Meinungsänderung der CDU-Fraktion verwundert sei. Seiner Meinung nach sei das Fachwissen der Ämter dabei unabdingbar. Er fragt, ob es möglich sei, Teilergebnisse für Stadtteile auf Stadtteilkonferenzen quer zu lesen.

Diese Frage wird von Frau Korn bejaht. Sie sei in der letzten Woche in Dortmund gewesen. Dort habe man auch ganz nah am Bürger gearbeitet. Diese seien mit einbezogen worden.

Frau Helling hält es nicht für den richtigen Weg, die Lösungen in den Stadtteilen zu entwickeln. Die Sache müsse doch gesamtstädtisch betrachtet werden. Es müsse einen übergeordneten Plan geben.

Frau Machatschek erwidert, dass es ganz wichtig sei, zunächst eine kleinräumliche Analyse zu machen. Dann müsse dies zu einem gesamtstädtischen Konzept zusammengefügt werden. Man habe im Masterplan Wohnen diesbezüglich schon ganz viel Vorarbeit geleistet. Sie möchte von Frau Korn wissen, ob man bis Dezember 09 warten müsse oder ob es möglich sei, dass der Ausschuss früher informiert würde, was finanziell vom Land möglich sei. Was müsse gemacht werden? Welche Handlungsfelder würden benötigt? Diese Dinge müssten dann ja auch politisch abgeseget werden.

Frau Korn erklärt, dass sie davon ausginge, dass sich das differenzieren ließe. Das Konzept würde dann im Dezember vorgestellt, aber die Rahmenbedingungen könnten schon vorher geliefert werden. Das könne sie zusichern.

Frau Machatschek stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des Masterplans Wohnen und der Erkenntnisse aus den Erhebungen und Beratungsergebnissen zum demographischen Wandel ein Handlungskonzept Wohnen zu erarbeiten. Hierzu wird die Verwaltung

1. eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe einrichten,

2. die führenden Hagener Wohnungsunternehmen, **einen Vertreter des Vereins „Haus- und Grund Hagen und Umgebung e.V.“ und einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege** einbeziehen,
3. in einem weiteren Schritt die Wohnungseigentümer mittelfristig einbinden,
4. der Politik halbjährlich Bericht erstatten.

Die Zielsetzungen des strategischen Handlungskonzeptes sollen darin liegen,

- das Wohnraumangebot an die durch den demographischen Wandel veränderte Bedarfslage anzupassen,
- für Menschen aller Bevölkerungsschichten jeden Alters und entsprechend ihrer Lebenslage ein angemessenes Wohnraumangebot in Hagen vorzuhalten,
- einen kleinräumigen Quartiersansatz zu verfolgen, um Quartiere, insbesondere solche mit hohem Erneuerungsbedarf, durch ein abgestimmtes Vorgehen in der Wohn- und Lebensqualität aufzuwerten.

Die Verwaltung legt dem Rat der Stadt Hagen in seiner Sitzung am 17.12.2009 den ersten Entwurf eines kommunalen Handlungskonzeptes vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

#### **8. Programm zur Sanierung der städtischer Gebäude hier: Prüfung des Verkaufs städtischer Gebäude Vorlage: 0106/2009**

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek stellt fest, dass man ihrer Ansicht im sozialen Bereich nur mit einem Objekt vertreten sei und zwar mit dem städtischen Männerasyl. Da stehe bei Verkauf ein Nein dahinter.

Frau Kurte möchte wissen, was sich hinter der Nummer 94 verberge. Das Wohnheim in der Feithstraße 70 sei doch ihres Erachtens schon lange abgerissen worden.

Herr Stüwe erwidert, dass das Gebäude in der Feithstraße 70 noch stehe. Sie meine sicher das frühere Übergangsheim, das in der Tat abgerissen sei. Er beschreibt die Lage des Objektes in der Feithstraße 70. Das Gebäude befinde sich in städtischem Besitz. Dort sollten alleinerziehende Obdachlose mit Kindern untergebracht werden.

Frau Kurte ist überrascht über diese Auskunft.

Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Vermarktung der in der Anlage mit „Ja“ gekennzeichneten Gebäude ist vorzubereiten bzw. durchzuführen. Bei den mit „Prüfen“ markierten Objekten ist die Prüfung der Entbehrlichkeit abzuschließen.
3. Bis zum 31.12.2009 ist über weitere Ergebnisse zu berichten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE.gem § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Sitzung des Sozialausschusses am 18.03.2009 Vorlage: 0161/2009**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Weber erläutert die Anfrage seiner Fraktion.  
Er formuliert noch Fragen zu den Punkten 3 und 4.

Zu 3) Wie würde im Fall einer Verhinderungspflege diese Unterbringungsproblematik gelöst? Wo befindet sich die nächste Pflegeeinrichtung für Kinder und Jugendliche?

Zu 4) Wie sei sichergestellt, dass dies auch bei steigender Konkurrenz bei den Pflegeheimbetreibern erfüllt werde? Es werde daher vorgeschlagen, dass die Pflegemarktbeobachtung als Tagesordnungspunkt im Sozialausschuss wenigstens jährlich einmal behandelt werde. Da erwartet würde, dass aufgrund des steigenden Konkurrenzdruckes untereinander die Qualität der Pflege leiden könne, sei es doch sinnvoll, dies regelmäßig im Sozialausschuss zu behandeln.

Frau Machatschek macht deutlich, dass diese Dinge in der Pflegekonferenz behandelt würden.

Frau Kreiss erklärt zum ersten Punkt, dass man eine sehr gut funktionierende Pflegeberatung habe. Wenn Kinder von den Eltern gepflegt würden, sei es möglich, dass eine zeitnahe Unterbringung erfolgen könne. Man habe sehr wenig praktische Fälle, in denen das notwendig sei.

Die Anbieter von Pflegeeinrichtungen könnten jederzeit eine Station für Kinder und Jugendliche einrichten. Bisher sei von den Investoren kein großer Bedarf gesehen worden.

Die Frage 4 habe sie mit dem beiliegenden Papier beantwortet. Sie wisse nicht, in welche Richtung die weitere Frage von Herrn Weber gehe.

Herr Haensel erläutert das Anliegen von Herrn Weber.

Zum Einen sei es um das Berichtswesen im Hinblick auf die Heimaufsicht. Dies sei wie von Frau Machatschek mitgeteilt, nicht der richtige Ort für diese Dinge. Diese Dinge würden von der Heimaufsicht behandelt.

Die zweite Frage sei gewesen, wie denn Kinder und Jugendliche, die im häuslichen Kontext gepflegt würden, für den Fall versorgt, wenn die Eltern ausfielen. Da gebe es Leistungen, die mit den Krankenkassen zu verabreden seien wie zum Beispiel die Versorgung durch professionelle ambulante Pflegedienste. Es gebe auch Angebote der Kurzzeitpflege. Hagen sei auf diesem Gebiet, was die Angebote angehe, sehr gut aufgestellt.

Frau Machatschek fragt Herrn Weber, ob sein Anliegen damit zu seiner Befriedigung behandelt worden sei.

Herr Weber bejaht diese Frage.

## 10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Kuschel-Eisermann möchte bis zur Ratsitzung wissen, in welcher Auflage die Broschüre zur Stadtteilentwicklung Altenhagen gedruckt worden sei, welche Kosten dies verursacht habe und wer diese Kosten trage.

Die Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.20Uhr

Gez. Machatschek  
Vorsitzende

Gez. Krause  
Schriftführerin